

Arm ab, arm dran

Die Rente mit 67 ist beschlossen, das Gesetz zur Gesundheitsreform unterschrieben, die Pflegeversicherung auf dem Prüfstand, schon droht das nächste Werk: Die gesetzlichen Unfallversicherung soll „zukunftsfest“ gemacht werden. (...). Die Gewerkschaften befürchten eine Einschränkung der Leistungen für die von Arbeitsunfällen Betroffenen.
Ver.di PUBLIK - SOLIDARITÄT IM NEUEN FORMAT 04/2007

Unser Wirtschaftssystem geht über Leichen!

„Wir werden den Sanierungsbeitrag Brutal und Rücksichtslos durchsetzen.“ Konrad Hinrichs, Vorstandsvorsitzende der Philipp Holzmann AG. Hinrichs' Leitlinie ist es, mit weniger eigenen Beschäftigten mehr Leistung zu erbringen. „Manpower, Ingenieurwissen und Maschinen müsse man da einkaufen, wo sie am billigsten sind: vor allem bei ausländischen Subunternehmer. Das gilt nicht nur für Bauarbeiter, sondern auch für Ingenieure.“ Seine Grundhaltung fasste der neue Vorstandssprecher so zusammen: „Macht hat den Vorzug, sich nicht mehr mit jedem **Dummkopf** herumschlagen zu müssen.“
Frankfurter Rundschau vom 15. März 2000 (Anm. seit März 2002 existiert die Philipp Holzmann AG nicht mehr!)

„Tagtäglich werden wir Zeuge, wie die Menschen und Lebenschancen der Menschen durch Wirkungen des Finanz- und Wirtschaftssystem verletzt bzw. zerstört werden. (...). Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Obdachlose werden immer weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Die Menschen, die noch Arbeit haben, müssen immer mehr leisten, und ihre Arbeitsplätze sind bedroht durch Fusionen, Firmenstillegungen oder feindliche Übernahmen. Auf der anderen Seite übertriebener Luxus einer kleinen Minderheit. Die Ursachen dieser Entwicklung liegen im kapitalistischen Wirtschaftssystem, das durch die Verselbständigung und Globalisierung der Finanzströme der letzten Jahren noch übermächtiger geworden ist. (...).“
Initiative Ordensleute für den Frieden <http://freenet-homepage.de/IOF/home.html>

Die bestimmenden internationalen Großkonzerne werden also über Aktienbesitz von Familien kontrolliert, die überhaupt nicht wissen müssen, was und wie produziert wird. Dafür halten sie sich Manager wie Ex-Mannesmann-Chef K. Esser, VW-Personalexvorstand P. Hartz, Ex-VW-Manager K.-J. Gebauer, Deutsche Bank-Chef J. Ackermann usw. und bezahlen sie nicht schlecht. Die Spitzenmanager mit ihrem Kult um Höchstrenditen haben aber längst den Gesellschaftsvertrag gekündigt, sie treiben rücksichtslosen Raubbau an der Umwelt, treiben Handwerksbetriebe in die Pleite, zerstören soziale Errungenschaften, degradieren die Politiker zum "Kellner des Kapitals", demontieren Demokratie und Solidarität, verfügen über alles und haften für nichts.

“Solidarität ist keine romantische Idee, sondern eher ein **Kampfbegriff...**

Die Arbeiterbewegung hat die Erfahrung auf den Punkt gebracht, dass nur durch Zusammenstehen berechnete soziale Forderungen durchzusetzen sind. (...).“ **Bischof Franz Kamphaus**, auf eine ökumenische Betriebsräte-Informationsveranstaltung vom Nov. 1996.

Zur Zeit fordern aber ausgerechnet jene „Solidarität“, die darunter verstehen, sich an Kostensenkungsstrategien der Kapitaleigner zu beteiligen, bzw. Hartz IV zu verteidigen, das Rentenalter auf 67 Jahre anzuheben, Arbeitsplätze zu streichen und Gehälter bis zu 30 % zu senken.

Die Regierung hat entgegen der Widerstände von Gewerkschaften und Sozialverbänden der **Rente mit 67** Jahren beschlossen. Dies muss umgehend zurückgenommen werden!

„Die Rente mit 67 ist unsozial und eine Verhöhnung von dem, was die Mehrheit der Bevölkerung will. An diese Sünde werden wir die Regierungsparteien bei der Bundestagswahl 2009 erinnern! (...). Ob Gesundheitsreform, Kombilöhne oder Hartz IV, Unternehmenssteuerreform, Rente mit 67, die Leidtragenden der Reformen sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“ (Bundevorsitzenden der **IG BAU**, Klaus Wiese) (Hügel)

Über 200.000 Kolleginnen und Kollegen haben eindrucksvoll am 21. Oktober 2006 bundesweit demonstriert, was sie von den "Reformen" halten. Wenn Warnstreiks 100.000er Gewerkschafter, im Februar dieses Jahres die Regierung nicht zum Einlenken brachten, müssen wir weitere und härtere Kampf-formen ins Auge fassen. Kommt daher alle zur Montagsdemo gegen Sozialabbau und Dumpinglöhne, bzw. gegen Hartz IV und Agenda 2010 <http://www.bundesweite-montagsdemo.com/>

Auf nach **Berlin**, zum **vierte Sternmarsch** gegen die Regierung. Zeigen wir am **13. Oktober 2007** wie sich die „Dummköpfe“ (Hinrichs), die alle Steuern (auch "Unternehmenssteuern", sowie die unverschämten Gehälter der Spitzenmanagern) erwirtschaften, wehren können.

Kommt auch alle zur Frankfurter Hauptwache, jeden Montag 18 Uhr

V.i.S.d.P.: Stefano Marinello, Mitgl. der IG BAU, Tel.: 069-459530, E-Mail: smarinello@qualm-nix.de

Hartz-IV verdeutlicht, dass viele Löhne und Gehälter viel zu niedrig sind!

Aus der Broschüre „**ARM TROTZ ARBEIT?**“ ist einerseits zu entnehmen, dass die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) gemeinsam mit ver.di einen gesetzlichen Mindestlohn fordert, von zunächst 7,50 Euro pro Stunde der Schrittwise auf 9,00 Euro steigen soll. <http://www.mindestlohn.de> Andererseits wird aber bemängelt, dass bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden, ein Stundenlohn von 7,50 € einem Bruttomonatsverdienst von rund 1.250 €, bzw. Netto ca. 820 € entspricht. Entspricht also **Alg II**

Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) fordert eine Erhöhung des Regelsatzes für alleinstehende Hartz IV -Empfänger von 345 € auf 415 € (70 € mehr).

Darunter 30 € mehr für Verkehrsmittel, je 10 € mehr für Nachrichtenübermittlung und alkoholische Getränke/Tabakwaren sowie je 5 € mehr für "Verzehr außer Haus" und Gesundheitspflege.

<http://www.klartext-info.de/flugblaetter/flugiOktober2006.pdf>

Die Leistungen für alleinstehende Arbeitslose (Alg II) könnte z.B. wie folgt ausschauen (Mietspiegel Ffm.):

345,- € Regelleistung zuzüglich 475,17 € bis ca. 570,03 € Miete für max. 45 m² incl. Betriebsnebenkosten und Heizkostenpauschale = 822,17 € bis ca. 915,03 € Nettomonatssumme.

Dies verdeutlicht, dass viele Löhne und Gehälter viel zu niedrig sind!

Wir fordern daher ein System, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht, nicht der Profit.

Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit auf Kosten der Profite – für die 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

Höhere Löhne und Gehälter – Kampf der Massenarmut!

Für ein gesetzlichen Mindestlohn von wenigstens 10,- Euro pro Stunde.

Herabsetzung des gesetzlichen Rentenalters für Männer auf 60 und für Frauen auf 55 Jahren.

Als z.B. Berlusconi das Rentenalter von 60 auf 65 Jahren anheben wollte, haben in Italien zehn Millionen Arbeiter und Angestellte mit einem Generalstreik die Rentenpläne zu Fall gebracht.

In Frankreich musste die Regierung nach Massenstreiks und Demonstrationen ihr Gesetz zur Aufhebung des Kündigungsschutzes zurückziehen.

So ist zu begrüßen, dass auf dem außerordentlichen **Gewerkschaftstag der IG BAU**, am 21. April 2007, folgendes verabschiedet wurde:

"Die umstrittene Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre muss umgehend vom Tisch! Uns ist es damit ernst. Der Kampf geht weiter, bis diese Rentenkürzung verschwunden ist. Dafür brauchen wir auch umfassendere Rechte. Wir brauchen ein vollständiges Streikrecht." www.igbau.de

Zeigen wir also wie sich „Dummköpfe“ (Hinrichs) wehren können – und das die „Dummköpfe“, die alle Steuern (auch "Unternehmenssteuern" sowie die unverschämten Gehälter der Spitzenmanagern) erwirtschaften, mehr Wert sind, als nur einen Sack Zement!

Im Bauarbeiterstreik vom Juni 2002, wurde z.B. für einfache ungelernete Arbeiten, einen gesetzlichen Mindestlohn (Entsendegesetz) von 10,36 € je Stunde West und 8,95 € Ost erstreikt <http://superkurz.de/j2> Also ist die 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und der geforderte Mindestlohn von **10,- € /h** gar nicht so „illusorisch und desorientiert“, wie manche Funktionäre versuchen zu desorientieren.

Daher weg mit Hartz IV, reguläre Arbeitsplätze brauchen wir!

Ausbau des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors zur Umwandlung von 1-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zum Mindestlohn von mindestens 10 € je Stunde, wie dies folgerichtig auch auf die Fachtagung der GEW Hessen, am 2. Juli 2007, im Frankfurter Gewerkschaftshaus gefordert wurde <http://superkurz.de/nb> Denn der Holzmann-Konzern, die Kirsch-Gruppe, Walter Bau, AEG, BenQ und der Maschinenbaukonzern Babcock sind die markantesten Beispiele dafür, das Verzicht bzw. länger arbeiten für weniger Geld, bislang keinen einzigen Arbeitsplatz gerettet oder geschaffen hat.

Übrigens, die Frankfurter Montagsdemo ist ein Teil der bundesweiten Montagsdemobewegung. Seit drei Jahren gehen Menschen Montag für Montag in über 100 Städten auf die Straße. Sie protestieren gegen Hartz IV und die Politik des sozialen Kahlschlags (Agenda 2010) - von Kanzler Schröder eingeleitet und von der Merkel/Müntefering-Regierung fortgesetzt.

Kommt daher alle zur Hauptwache, jeden Montag 18 Uhr

V.i.S.d.P.: Stefano Marinello, Mitgl. der IG BAU, Tel.: 069-459530, E-Mail: smarinello@qualm-nix.de